

Institutionenvertrauen in Deutschland - Differenz und Integration

Terwey, Michael; Pollack, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Terwey, M., & Pollack, D. (1997). Institutionenvertrauen in Deutschland - Differenz und Integration. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 346-351). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138898>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

des Staates nicht akzeptiert. Sie wären nur unter großen Kosten für ihn durchzusetzen gewesen. Der Staat hätte den Stillhaltepakt mit der Bevölkerung gefährdet. Das Drohpotential der Bevölkerung war nicht gleich null, wie sich in der Wende zeigen sollte, nachdem sich aus verschiedenen Gründen das Gleichgewicht, das dem Burgfrieden zu Grunde lag, zerstört wurde.

Literatur

- Bohnet, Iris und Bruno S. Frey 1994, Kooperation, Kommunikation und Kommunitarismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46: 453-463.
- Braun, Norman 1992, Altruismus, Moralität und Vertrauen. In: Analyse & Kritik, 14: 177-186.
- Coleman, James S. 1990, Foundations of Social Theory. Cambridge.
- Ettrich, Frank 1991, Neotraditionalistischer Staatssozialismus. Zur Diskussion des Forschungskonzeptes. In: Prokla, 22: 98-114.
- Granovetter, Mark 1985, Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology, 91: 481-510.
- Huinink, Johannes, Karl Ulrich Mayer et al. 1995, Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin.
- Huinink, Johannes 1996, Sozialpolitik und individuelles Handeln. Zu unbeabsichtigten Folgen politischer Intervention am Beispiel der DDR. In: Zeitschr. f. Sozialreform, 42: 1-16.
- Meyer, Gerd 1989, Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik. In: Rytelewski, Ralf (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Sonderheft 20 der Politischen Vierteljahreshefte. Opladen: 426-448.
- Mühler, Kurt und Reinhard Wippler 1993, Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung. In: KZfSS, 45: 691-711.
- Pollack, Detlef 1994, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Stuttgart.
- Schlegelmilch, Cordia 1995, Zwischen Umbruch und Individualisierung – Gemeinschaftserfahrungen im Umbruch. In: Gensior, Sabine (Hg.), Frauenarbeit im ost-westdeutschen Vergleich. Berlin: 27-50.
- Srubar, Ilja 1991, War der reale Sozialismus modern? In: KZfSS, 43: 415-433.
- Vobruba, Georg 1991, Jenseits der sozialen Fragen. Frankfurt/M.
- Weede, Erich 1992, Mensch und Gesellschaft. Tübingen.

Johannes Huinink, Universität Leipzig, Institut f. Soziologie, Augustusplatz 9, D-04109 Leipzig

3. Institutionenvertrauen in Deutschland – Differenz und Integration

Michael Terwey und Detlef Pollack

Die angesichts weitreichender wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Herausforderungen in der Politik angebotenen Problemlösungen werden vielfach skeptisch beurteilt. Oft fallen, wenn die politische Lage Deutschlands diskutiert wird, Ausdrücke wie Vertrauenskrise, politische Entfremdung, Legitimitätsverlust und Politikverdrossenheit. Im

nachfolgenden Betrag versuchen wir zunächst, einige empirisch abgestützte Antworten auf Fragen nach dem aktuellen Institutionenvertrauen zu finden. Die Valenzvielfalt des Vertrauensbegriffs (vgl. u.a. Sztompka 1995; Lepsius 1995) sollte quantitative empirische Analysen nicht grundsätzlich ausschließen. Eine Hilfestellung mag die Einordnung des Vertrauenskonzepts in den Bereich *diffuser* oder *generalisierter politischer Unterstützung* (Easton 1975; Terwey 1996) sein. Dabei ist aber zu bedenken, daß Angaben zum Institutionenvertrauen gegenüber Indikatoren »diffuser politischer Unterstützung« (z.B. allgemeine Demokratiezufriedenheit) bereits weiter spezialisiert sind, ohne aber dadurch bereits gänzlich in den Detailbereich »spezifischer Unterstützung« (Easton) überzugehen.

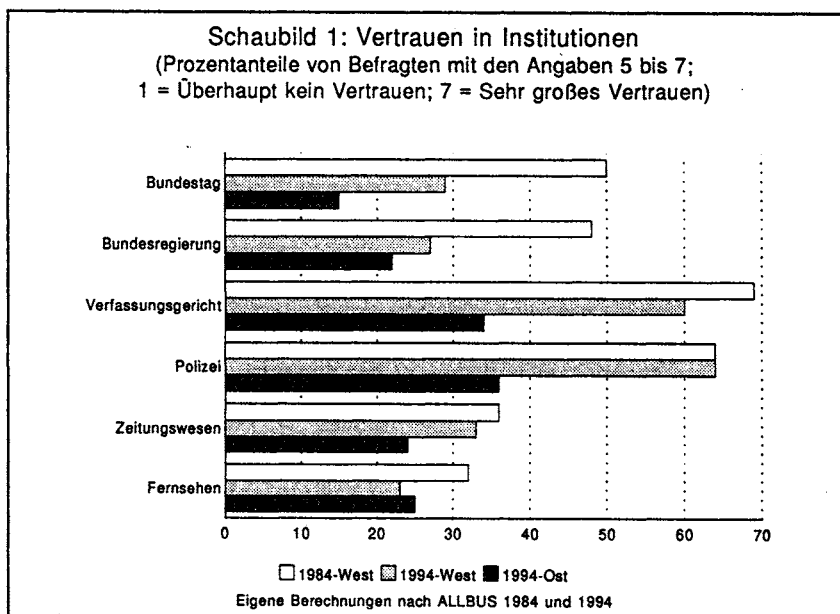


Schaubild 1 zeigt einen Ausschnitt aus dem Spektrum der Vertrauens-Items, die in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) bisher erhoben worden sind. Mit einer Ausnahme (Fernsehen 1994) wird in den neuen Bundesländern seltener Vertrauen artikuliert. Vergleichen wir für den Westen 1984 mit 1994, verzeichnen *Bundestag* und *Bundesregierung* deutliche Rückgänge positiver Angaben von ca. 50% auf knapp 30%. Die Einstellung zu solchen *regierungspolitischen Institutionen* ist durch Periodeneffekte beeinflusst, zu denen 1994 u.a. die Wiedervereinigungslasten zu rechnen sind. Demgegenüber waren die von Pickel und Walz (1995) ebenfalls thematisierten *Verwaltungsinstitutionen* (hier: Verfassungsgericht, Polizei) in geringerem Ausmaß von einem Vertrauensrückgang betroffen (ipos-Zeitreihen bis 1993). Eine relativ stabile und starke Vertrauensbasis für Verwaltungsinstitutionen kann man nach Pickel und Walz (1995: 153)

als positiven Grundbefund hervorheben, weil diese Institutionen für langfristige Stabilität der Demokratie von größerem Interesse seien als die öfter temporären Schwankungen ausgesetzten Parteien, Regierungen und Parlamente. Die ALLBUS-Daten deuten aber zumindest für das Bundesverfassungsgericht eine Abnahme des Vertrauens im Westen an (1994: 60% vs. 1984: 69%), während die Polizei eine gleichbleibend starke Akzeptanz verzeichnet.

Eine wichtige Funktion in der Demokratie kommt nach Thesen von Döring (1992) den *Medien* zu, weil diese zu einer kritischen Öffentlichkeit beitragen und ggfs. unerwünschtes Handeln seitens politischer Akteure aufdecken oder bereits vorab verhindern. Im Gesamtüberblick erweist sich aber, daß in Deutschland Zeitungswesen und Fernsehen nur zu den mäßig oft Vertrauen genießenden Institutionen gehören (vgl. Schaubild 1 und weitere Vertrauens-Items in ALLBUS 1994). Im Westen sind Tendenzen zur »Medienverdrossenheit« sogar 1994 noch weiter verbreitet als 1984.

Drei der in Schaubild 1 dargestellten Vertrauens-Items werden nachfolgend multivariat untersucht (Tabelle 1). Das Vertrauen in die *Bundesregierung* läßt sich 1994 mit $R^2=.37$ vergleichsweise gut erklären. Die demographischen Basismerkmale leisten hierzu allerdings nur einen geringen Beitrag. Alter ist bivariat mit $r=.12$ noch anzumerken; multivariat sind es nur die Männer, die im Schnitt mit $\beta=-.05$ zur Bundesregierung etwas distanzierter stehen als Frauen. Weiter tragen katholische Konfession und häufiger Kirchgang zur Erklärung des Regierungsvertrauens ein wenig bei. Prägnanter wirkt sich aber die subjektive Wahrnehmung von Wirtschaftslagen aus. Bei der Regierungsbewertung ist im Unterschied zu den anderen dargestellten Regressionen auch die Einschätzung der allgemeinen deutschen Wirtschaftslage von Bedeutung. Ungünstige Perzeptionen der Gesamtwirtschaftslage – wie sie 1994 oft der Fall waren – können mehr noch als die Wahrnehmung der persönlichen Wirtschaftslage diffuse politische Besorgnisse anzeigen. Ansonsten stehen die Befunde für Alter, Bildung, Kirchlichkeit und perzipierte Wirtschaftslagen in Einklang mit Hypothesen über einige Hintergründe von Akzeptanz tradierter Werte und Normie (vgl. u.a. Durkheim 1960; Terwey 1996). Naheliegender ist ferner beim Vertrauen zu einer im engeren Sinne regierungspolitischen Institution, daß es mit Parteisympathien einhergeht. Besonders stark ist der Zusammenhang mit Sympathien für die CDU ($r=.55$, $\beta=.34$), während die Haltungen zu CSU und FDP von etwas geringerer Bedeutung sind. Überraschenderweise ist auch unter SPD-Sympathisanten eine schwache Vertrauenstendenz für die Bundesregierung gegeben, während GRÜN-Gesonnene und Nichtwähler etwas häufiger Mißtrauen zum Ausdruck bringen. Dies gilt vermehrt für die mit dem Funktionieren unseres politischen Systems generell unzufriedenen Personen (zweitstärkster Prädiktor) und für die den »Postmaterialisten« von Ronald Inglehart entgegengesetzten »Materialisten«. »Materialismus« nach Inglehart ist aber in den neuen Bundesländern bisher nicht in der gleichen Weise relevant wie im Westen (vgl. auch Terwey 1995), weshalb diesbezüglich ein Interaktionseffekt gebildet wurde. Je ausgeprägter der »Materialismus« in den alten Bundesländern ist, um so größer sind die Differenzen im Regierungsvertrauen gegenüber den östlichen Vergleichsgruppen.

Als Beispiel einer »Verwaltungsinstitution« wurde in Tabelle 1 die *Polizei* ausgewählt. Ältere Menschen, Frauen, formal weniger Gebildete und kirchlich Integrierte neigen eher zum

Tabelle 1: Vertrauen in Institutionen (Berechnungen multipler Regressionen nach ALLBUS 1994; positives Vorzeichen entspricht höherem Vertrauen; * = signifikant bei alpha .05)

	<u>Regierung</u>		<u>Polizei</u>		<u>Fernsehen</u>	
	r	beta	r	beta	r	beta
Alter	.12	.02	.12	.05 *	.13	.09 *
Geschlecht: Mann	-.03	-.05 *	-.06	-.05 *	-.00	.00
Ausbildung	-.02	-.01	-.11	-.05 *	-.19	-.15 *
Katholisch	.08	-.05 *	.14	.05 *	.03	-.02
Protestantisch	.02	-.02	.04	.04	.00	-.02
Kirchgangshäufigkeit	.22	.03	.20	.02	.04	-.04
Wirtschaftslage: Deutschland (5=sehr schlecht)	-.24	-.06 *	-.10	-	-.03	-
Wirtschaftslage: Bundesland (5=sehr schlecht)	-.23	-.03	-.16	-.07 *	-.04	-.02
Wirtschaftslage: Befragter (5=sehr schlecht)	-.19	-.04 *	-.11	-.05 *	.03	.04 *
CDU-Sympathie	.55	.34 *	.25	.02	.14	.04
CSU-Sympathie	.48	.07 *	.27	.12 *	.15	.03
FDP-Sympathie	.32	.07 *	.15	.03	.13	.07 *
SPD-Sympathie	.07	.04 *	.08	.07 *	.08	.07 *
GRÜNE-Sympathie	-.07	-.05 *	-.06	.01	-.02	-.01
Republikaner-Sympathie	.03	-	.06	-	.10	.07 *
PDS-Sympathie	-.07	-	-.16	-.06 *	.03	-
Wahlabsicht: Nichtwähler	-.11	-.04 *	-.05	-	-.04	-
Unzufriedenheit mit unserem politischen System	-.38	-.18 *	-.19	-.06 *	-.11	-.09 *
Links-Rechts-Selbsteinstufung (10=rechts)	.20	.01	.15	.03	.05	-.03
Westdeutschland * Materialismus (Inglehart-Index)	.17	.05 *	.30	.19 *	.12	.06 *
	R ² = .37		R ² = .18		R ² = .09	

Polizeivertrauen. Günstige Einschätzungen der Wirtschaftslage im Bundesland und im persönlichen Bereich sprechen ebenfalls für eine positive Haltung zur Polizei. Wirtschaftliche Lagebeurteilungen korrelieren insofern zumindest andeutungsweise mit dieser Institutionsbewertung, obgleich sie nicht in einem unmittelbaren inhaltlichen Zusammenhang stehen. Auch Sympathie für eine der Regierungsparteien oder die SPD macht positive Einstellungen zur Polizei in der Regressions-schätzung wahrscheinlicher. PDS-Sympathie und generelle Unzufriedenheit mit unserem politischen System korrespondieren dagegen einer Mißtrauenshaltung. Die stärkste Determinante des Polizeivertrauens ist schließlich der Ost-West-Unterschied im Verein mit Materialismus nach Inglehart.

Beim Vertrauen zum Fernsehen ist zunächst unerwartet, daß in Deutschland junge Menschen und insbesondere formal *besser Gebildete* vergleichsweise wenig Vertrauen in das Fernsehen setzen. Kirchlichkeit, Konfession und Wirtschaftslageneinschätzung sind kaum von Bedeutung. Sympathien für CDU, CSU, FDP, SPD, aber auch für die Republikaner gehen dagegen etwas ausgeprägter mit einer höheren Akzeptanz des Televisionswesens einher. Ebenso wirken Zufriedenheit mit dem politischen System und Materialismus in den alten Bundesländern.

Anzumerken ist allgemein, wie gering die ideologische Basisposition (*Links-Rechts-Selbsteinstufung*) zumindest multivariat die Angaben zum Institutionenvertrauen beeinflusst. Zugehörigkeit zu den alten Bundesländern im Verein mit Materialismus spricht dagegen regelmäßig für ein positiveres Institutionenverständnis. Es wäre wenigstens beim Fernsehen denkbar gewesen, daß Postmaterialisten, die *politische Meinungsfreiheit* und *Einflußnahme der Preisstabilität* und *Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung* voran stellen, dem Fernsehen als potentielltem Wegbereiter kritischer Öffentlichkeit mehr Vertrauen bekunden. Andererseits könnten sich aber postmaterialistische, junge und besser ausgebildete Individuen durch kritische Partizipationsbereitschaft auf ihnen eigene Weise in die Demokratie integrieren. Wer insofern eine Sache kritisiert, erhebt in diesen Belangen Anspruch darauf, kompetent zu sein, wenn die Kritik nicht in grundsätzlichem Legitimitätsentzug, Ritualismus, apathischer Passivität oder destruktiver Entfremdung endet. Die sich in einem verringerten Vertrauensvorschuß andeutende subjektive *Differenz* zu öffentlichen Einrichtungen unserer Republik ist dann gegebenenfalls als eine Art supplementäre *Integration* der Individuen in die soziale Transformation zu sehen, deren erfolgreiche Bewältigung (selbst-)kritische Aufmerksamkeit der Akteure in *allen* beteiligten Institutionen unserer Demokratie erfordert.

Bisherige Sekundäranalysen zum Institutionenvertrauen konnten oft nur bis in die Jahre 1993 oder 1994 aktualisiert werden. Neuere Daten für 1995 zeigen, daß sich gerade bei den vom Unterstützungsentzug besonders betroffenen regierungspolitischen Institutionen eine leichte Vertrauenszunahme einstellte (vgl. Terwey 1996). Ob es sich dabei nur um Ausläufer eines von Pickel und Walz bereits für 1994 prognostizierten Zwischenhochs des regierungspolitischen Vertrauens handelt, müßte noch näher untersucht werden. Es sollten aber trotz eines prima facie verschlechterten politischen Meinungsklimas oder gar eines kritischeren Grundhabitus Tendenzen zur Regenerierung von Akzeptanz nicht übersehen werden.

Literatur

- Döring, Herbert 1992, Higher Education and Confidence in Institutions: An Analysis, In: West European Politics 15: 126-146.
- Durkheim, Emile 1960, Le suicide, Paris: Presses Universitaires de France.
- Easton, David 1975, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, In: British Journal of Political Science 5: 435-457.
- Lepsius, Rainer M. 1995, Institutionsanalyse und Institutionenpolitik, In: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: 392-403.
- Pickel, Gert und Dieter Walz 1995, Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive, In: Journal für Sozialforschung 35: 145-156.
- Sztompka, Piotr 1995, Vertrauen: Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft, In: Birgitta Nedelmann (Hg.), Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft 35 der KZfSS, Opladen: 245-276.
- Terwey, Michael 1995, Weltanschauliche Selbstbestimmung und Einstellung zu sozialer Ungleichheit: Unterschiede im Deutschen Post-Sozialismus?, In: Heinz Sahner und Stefan Schwendtner (Hg.), 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen, Opladen: 674-679.
- Terwey, Michael 1996, Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: Politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland, In: ZA-Information 39: 94-129.

Dr. Michael Terwey, Universität zu Köln, ZA, Postfach 41 09 69, D-50869 Köln

4. Vertrauen, Habitus, sozio-kultureller Wandel und Wiedervereinigung

Frank Lettke

Über die fundamentale Bedeutung des Vertrauens für die Gesellschaft besteht seit langem Konsens. In seinem bekannten Geheimnis-Text hält Simmel das Vertrauen für »eine der wichtigsten synthetischen Kräfte innerhalb der Gesellschaft«. In diesem Beitrag will ich den Blick auf die Probleme eines durch kulturelle Veränderungen ausgelösten Vertrauensbruchs richten. Ein Auseinanderfallen der evolutionären Vorangepaßtheit von Habitus und kulturellem Kontext führt Krisen herbei, und eine Wiederherstellung dieses Entsprechungsverhältnisses ist die Voraussetzung für neue Stabilität. Diese Zusammenhänge lassen sich an einem der umfassendsten Prozesse sozialen Wandels beobachten, dessen Zeugen wir immer noch sind. Mit der deutschen Wiedervereinigung trafen und treffen kulturelle Räume aufeinander, wodurch in vielen Gesellschaftsbereichen Irritationen ausgelöst worden sind.

Im Laufe der Primärsozialisation verfestigt sich beim Menschen ein Bild von der Welt, das ihm als Geflecht von Sinnverweisungen hochgradig selbstverständlich erscheint. So ist denn auch Vertrauen nur selten eine Qualität, über die man nachdenken muß. Vertrauen entsteht durch Gewöhnungsprozesse innerhalb der Alltags- oder Lebenswelt, der der einzelne zugehört. Durch explizites, vor allem aber durch implizites Lernen werden Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata initialisiert, die dem einzelnen den Zugang zur